

## Die Neugestaltung der Beziehung von Staat und Kirche in einer multireligiösen Gesellschaft

---

*Verehrter, lieber Bruder Siba<sup>1</sup>, sehr geehrte Damen und Herren,*  
wenn ein aus Bayern stammender lutherischer Theologe in den Räumen einer Berliner baptistischen Gemeinde einen Vortrag über das Verhältnis von Religion und Politik zu halten hat, dann tut er gut daran, sich und seine Zuhörerinnen und Zuhörer daran zu erinnern, dass sich im Wettstreit der Kirchen der Reformation die politischen Grundanliegen der Baptisten- und Brüdergemeinden durchgesetzt haben und heute selbstverständlicher Teil unserer politischen Wirklichkeit geworden sind.

Nicht antiklerikale Kreise haben als erste die Trennung von Staat und Kirche gefordert. Vielmehr war es der Baptist Roger Williams, der den Begriff der „wall of separation“ prägte – ein Begriff, der für die Interpretation des Ersten Verfassungszusatzes der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika weite Verbreitung fand. Aus guten theologischen Gründen kämpfte er für einen die Glaubensfreiheit garantierenden säkularen Staat. Wenn wir heute respektvoll an diese Pionierleistung erinnern, dann müssen die deutschen Volkskirchen beschämt eingestehen, dass sie eine monarchistisch gestützte Staatskirche bis zu deren unfreiwilligem Ende 1919 präferierten und die Verfolgung ihrer Brüder und Schwestern in den Freikirchen Jahrhunderte lang billigten. Vielleicht wäre das kommende Reformationsjubiläum ja eine gute Gelegenheit, gebührend an den Beitrag der nonkonformistischen Kirchen zur Entstehung eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens zu erinnern.

Die Trennung von *Kirche und Staat*, die dem Staat die Identifikation mit einer bestimmten Religionsgemeinschaft untersagt, meint freilich keineswegs, dass *Religion und Politik* einander ignorieren könnten. Das Gegenteil ist der Fall: gerade weil der Staat sich selbst aus allen Weltanschauungsdebatten zurückzieht, sind alle gesellschaftlichen Gruppen umso mehr gefordert, Bürgertugenden zu pflegen und zivilgesellschaftliches Engagement zu organisieren. Nach vollzogener Trennung von Staat und Kirche wird die Mitarbeit religiöser Menschen an der Lösung drängender politischer und sozialer Probleme umso notwendiger. Der Baptist Martin Luther King lebte diese Überzeugung. Sein Kampf gegen die Rassentrennung wurde von niemandem als illegitimer Übergriff eines Kirchen-

---

<sup>1</sup> Dieser Vortrag wurde am 26. November 2013 in Berlin-Schöneberg als Festrede zum Empfang von Christoph Siba als neuer Generalsekretär des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (K. d. ö. R.) gehalten.

mannes in den politischen Bereich verstanden, sondern als ein prophetisches Zeugnis, das seine politische Kraft aus dem Evangelium bezog.

Die Offenheit und Geistesgegenwart baptistischen Glaubens ist mir – und das ist mein drittes und letztes Beispiel – schließlich in der Begegnung mit Harvey Cox deutlich geworden. Sein millionenfach verkauftes Buch „The Secular City“ aus dem Jahr 1965 machte darauf aufmerksam, dass das Säkulare nicht im Widerspruch zum Geist des Christentums steht, sondern eine seiner Wirkungen ist. Die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin hat Harvey Cox im Jahr 2011 die Ehrendoktorwürde verliehen – bereits 1964 hatte die Kirchliche Hochschule Berlin-Zehlendorf Martin Luther King die Ehrendoktorwürde verliehen.

Nun ist es freilich kein Zufall, dass diese Leuchttürme christlich-politischen Denkens und Handelns ihre Wirkung in den USA entfaltet haben. Die religionspolitischen und religionskulturellen Verhältnisse dort sind für Angehörige von Freikirchen und anderen religiösen Minderheiten unvergleichlich günstiger als in Deutschland. Obwohl es in Deutschland keine Staatskirche mehr gibt, sind die Verflechtungen zwischen dem Staat und den Kirchen eng. Verfassungsrechtler haben diese enge Kooperation eine „hinkende Trennung von Kirche und Staat“ genannt. Allerdings scheint mir, dass die Metapher des Hinkens ihrerseits hinkt. Denn offenbar hat sich die Kooperation zwischen dem Staat und den Kirchen in Deutschland bewährt.

In religionspolitischer Perspektive kann man mit Fug und Recht behaupten: Den Kirchen in Deutschland ging es noch nie so gut wie heute. Zum ersten Mal in der Christentumsgeschichte Deutschlands sind die Kirchen frei von staatlicher Einflussnahme. Erst seit 1989 können alle Christen in Deutschland volle Religionsfreiheit genießen. Gleichzeitig leben wir in einem ausgesprochen religionsfreundlichen Staat. Er unterstützt die Kirchen großzügig: er hilft beim Einzug der freiwilligen Mitgliedsbeiträge und entlastet die Kirchen so von aufwendigen Geldbeschaffungskampagnen. Ausgerechnet Abgeordnete der Grünen fordern jüngst nicht die Abschaffung dieses Systems, sondern seine Ausweitung: Warum sollten nicht auch NGOs und Parteien die Infrastruktur der Finanzämter nutzen, um Mitgliedsbeitragslasten gerecht zu verteilen. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, sprach kürzlich von einem System der „aktiven Religionsfreiheit“ in einem doppelten Sinne: der Staat sei bereit, „öffentliche Religionspflege“ zu betreiben, wenn die Religionsgemeinschaften ihrerseits bereit wären, aktiv öffentliche Verantwortung zu übernehmen – ausdrücklich nicht nur auf sozialdiakonischem Feld, sondern als gesellschaftliche Akteure, die „den Sinn für den Sinn offenhalten“.

Vollends evident wird die Partnerschaft von Staat und Kirche in Deutschland bei einem Blick auf das Bildungssystem. Es gibt wohl kein anderes Land, das so viel Geld für die religiöse Bildung seiner heranwachsenden Bürgerinnen und Bürger ausgibt wie die Bundesrepublik Deutschland – auch wenn die Berliner Situation zurzeit als eine beklagenswerte, aber offenbar doch optimierungsfähige Ausnahme die Regel bestätigt. Wenn ich meinen amerikanischen Kollegin-

nen und Kollegen das System religiöser Bildung in Deutschland erläutere, dann sehen sie mich mit großen Augen an und fragen ganz entgeistert: „Wie? Die Christen in Deutschland erlauben es dem Staat, ihre Kinder religiös zu erziehen? Das würden wir nie zulassen!“

Am staatlichen Religionsunterricht lässt sich Glanz und Elend der religionspolitischen Kultur Deutschlands gut zeigen. Einerseits wirkt er durchaus als Fundamentalismusprophylaxe. Die Fähigkeit von Schülerinnen und Schülern etwa, zwischen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und einem Lob des Schöpferhandelns Gottes zu unterscheiden, lernen Schülerinnen und Schüler in Deutschland schlicht dadurch, dass im Biologieunterricht und im Religionsunterricht eine je eigene Sicht auf die uns umgebende Welt eingeübt wird. Das Elend zeigt sich darin, dass in Deutschland – wie übrigens auch in Skandinavien oder England – die Teilnahme am Gemeindeleben extrem niedrig ist. Man schickt die Kinder in den staatlichen Religionsunterricht, man nimmt aber am Gemeindeleben nicht teil. Es hat sich eine „vicarious religion“ eingeschlichen, eine „stellvertretende Religionspraxis“, die damit rechnet, dass andere die Verantwortung für das religiöse Leben im Land übernehmen und man selbst in der Halbdistanz verharren kann.

Wenn ich versuche, meinen amerikanischen Gesprächspartnern das deutsche System plausibel zu machen, dann wähle ich gerne folgenden Vergleich. Ich sage: „Die Deutschen haben zu ihren Kirchen ein Verhältnis wie zur Feuerwehr. Sie geben viel Geld dafür aus, dass die Kirche für die Notfälle des Lebens gerufen werden kann: bei Hochzeiten, bei Taufen, bei Beerdigungen. Aber wer will schon jede Woche mit der Feuerwehr zu tun haben?“ Nur einer kleinen Minderheit – den Mitgliedern der Freikirchen etwa – ist bewusst, dass eine Christengemeinde nur dann überleben kann, wenn jeder sich engagiert. Was in den USA eine selbstverständliche Einsicht ist, nämlich dass man nur so viel von seiner Gemeinde zurückbekommt, wie man bereit ist, in sie zu investieren, wird in Deutschland von einer gesamtgesellschaftlichen Versorgungsmentalität überlagert, die nicht nur sozial- oder gesundheitspolitisch, sondern auch auf den Feld der Religion eine staatlich organisierte, möglichst eigenkostenlose Versorgung erwartet.

Man könnte diese Mischung aus Versorgt-werden-Wollen und mangelnder Selbst-Aktivierung auch als Staatsfrömmigkeit bezeichnen und diese als nachhaltige Wirkung der von Michel Foucault so bezeichneten „Pastoralmacht des Staates“ auffassen. Diese deutsche Staatsfrömmigkeit hat sich für das Wachstum der Freikirchen in Deutschland nicht als förderlich erwiesen. Was in Deutschland keinen staatlichen Stempel besitzt, ist erst einmal verdächtig – ein Sachverhalt, der in den USA nur größte Verwunderung auslösen kann. Dort ist das Misstrauen gegenüber staatlicher Einmischung so verbreitet, dass wir Deutschen uns nur wundern können, weshalb die Amerikaner beispielsweise so viel Schwierigkeiten mit ihrer Gesundheitsreform haben.

Religionssoziologen weisen seit vielen Jahren darauf hin, dass der „Zwang zur Wahl“, oder wie es Peter L. Berger formuliert hat: „the heretical imperative“ nicht

mehr aufzuhalten sei. War in der Vergangenheit die Religionszugehörigkeit eine Frage der Herkunft und des familiären Erbes, so sei Religionszugehörigkeit heute eine freie Wahl – eine Option, die durch nicht-religiöse Gründe kaum mehr beeinflusst werde. Die gesellschaftliche Ausdifferenzierung habe dazu geführt, dass niemand mehr wegen seiner Eltern, wegen seiner Karriere, wegen aller möglicher Gründe vorgeben müsse, religiös zu sein. Religion sei zu sich selbst befreit worden – habe aber gerade so ganz neue Wachstumsmöglichkeiten.

Wer einen Blick in die USA wirft, der kann das Wachstum der sogenannten „nondenominational churches“ nicht übersehen. Eine ihrer erfolgreichsten ist die „Saddleback Valley Convention Church“ im Süden von Los Angeles. Sie gehört zwar der Southern Baptist Convention an, ihr Name lässt aber sehr bewusst keine Rückschlüsse auf irgendeine konfessionelle Tradition zu – vielmehr identifiziert sich die Kirche mit der Region, in der sie gegründet wurde, dem Saddleback Valley. Allerdings führte das rapide Wachstum der Saddleback Church dazu, dass eine ganze Reihe von Filialgemeinden in der Umgebung gegründet wurden – schon allein um einen Verkehrsinfarkt in Orange County zu vermeiden.

Vor einigen Monaten ist die „Saddleback Church Berlin“ eröffnet worden. Da es in Berlin gar kein Saddleback Valley gibt, sehr wohl aber den Kreuzberg, den Prenzlauer Berg oder den Grunewald, ist der Name „Saddleback Berlin“ ein wenig verwirrend. Offenbar ist aus der regionalen Bezeichnung inzwischen ein Markenname geworden. Sonntag für Sonntag können Video-Predigten von Rick Warren in einem schicken Raum mit cooler Bar-Atmosphäre in der Nähe des Potsdamer Platzes gehört und gesehen werden. Damit ist die Saddleback Church eine von knapp 250 neu gegründeten Kirchen im wiedervereinigten Berlin. Es ist noch zu früh, eine Prognose darüber abzugeben, ob diese Neugründung künftig in die Kategorie „Migrantenkirche“ einzuordnen ist – oder als erfolgreiche Missionskirche Geschichte schreiben wird. Die Erwartung jedenfalls, dass auch die Menschen in Deutschland sich dem häretischen Imperativ, also den Zwang zur Wahl in religiösen Angelegenheiten, nicht entziehen können, hat diese ambitionierte Neugründung vermutlich auch motiviert.

Allerdings zeigt der Terminus „Zwang“ an, dass mit dem Wegfall einer Tradition auch die Unsicherheiten und die Risiken zunehmen. Und so stellen die Religionsforscher fest, dass es zunehmend mehr Menschen gibt, die sich schlicht weigern zu wählen. Vor allem in den neuen Bundesländern ist die Lust der Deutschen auf eine Religion ihrer Wahl bemerkenswert gering. Während weltweit die Forscher eine wachsende Religionsdynamik diagnostizieren, müssen sie zugleich feststellen, dass der Nordosten Deutschlands die Ausnahme darstellt. Welchen Reim soll man sich darauf machen?

Möglicherweise herrscht im Osten der Republik sehr viel weniger „religiöses Vakuum“ und sehr viel weniger „Gottvergessenheit“ als angenommen. Wem ist eigentlich noch bewusst, dass das einzige Bundesland, das den staatlichen Buß- und Betttag aufrechterhalten hat, der Freistaat Sachsen ist? Das Land mutet dafür den Arbeitnehmern einen höheren Beitrag zur Pflegeversicherung zu. Nur in den

neuen Bundesländern ist der Reformationstag staatlicher Feiertag. Und nur in einigen östlichen Bundesländern gibt es ein staatlich organisiertes „Landeserntedankfest“! Die Landeserntedankfeste werden mit einem sogenannten ökumenischen Gottesdienst eröffnet. Bei einem Landeserntedankfest im Land Mecklenburg-Vorpommern trug sich folgendes zu. Ich rekonstruiere die Ereignisse auf der Grundlage eines Gespräches, das ich mit Bischof Abromeit im September 2013 in Schwerin am Rande des sogenannten Nordkirchenkongresses führte.

Nach dem Festgottesdienst wurden der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering und Bischof Hans-Jürgen Abromeit, vormalig Landesbischof der Pommerschen Evangelischen Kirche, heute Bischof des Sprengels Mecklenburg und Pommern der neu gegründeten Nordkirche, im Rahmen eines Festumzuges in einer Kutsche von der Kirche zum Festzelt gebracht. Den Weg säumen Passanten, die dieser Prozession zujubelten. Während der Ministerpräsident so viel Öffentlichkeit offenbar gewohnt war, so dass er landesväterlich das Volk winkend und lächelnd begrüßte, muss sich Bischof Abromeit in der Festkutsche recht unbehaglich gefühlt haben. Der Ministerpräsident nahm die Situation aufmerksam wahr und ermahnte den Bischof: „Herr Bischof, Sie müssen mehr winken!“

Angesichts von nur mehr 20 Prozent Kirchenmitgliedern in Mecklenburg-Vorpommern kann man die Zurückhaltung des Bischofs gut verstehen. Hätte er sich in den Vordergrund gedrängt, wäre ihm das vielleicht als Aufdringlichkeit ausgelegt worden. Doch zu viel Zurückhaltung in der Öffentlichkeit wird ebenfalls nicht gut geheißen. Selbst Kirchenferne erwarten von einem Repräsentanten der Kirche offenbar, dass diese zugewandt sind und über die Grenzen ihrer eigenen Kirche hinaus eine gewisse Ausstrahlung besitzen – unaufdringlich, aber doch präsent!

„Herr Bischof, Sie müssen mehr winken!“ Ich habe lange über diese Ermahnung des Ministerpräsidenten nachdenken müssen. Was verbirgt sich hinter der Geste des Winkens bei öffentlichen Anlässen? Geradezu Kultstatus hat das Winken der Königin von England erlangt. Man kann kleine solarbetriebene Statuen kaufen, die die typische Handbewegung der Queen nachahmen. Eine Person des öffentlichen Lebens, die winkt, signalisiert Leutseligkeit – und vermeidet es so, als arrogant zu gelten. Sie zeigt freundliche Zuwendung – und hat keine Angst vor Anderen. Ein Bischof, der winkt, ist imstande, mit Öffentlichkeit umzugehen, er zeigt Öffentlichkeitskompetenz – und vermeidet die Gefahr der Selbstisolation, eine Gefahr, der Kirchen in Minderheitensituationen leicht erliegen können. Die Umwelt wird als feindlich wahrgenommen – die eigene Existenz als die eines heiligen Restes überhöht.

„Herr Bischof, Sie müssen mehr winken!“ Vielleicht ist das eine Aufforderung an uns alle. Wer winkt, der sucht die Begegnung, der hat eine offene Hand und ein offenes Herz – und auch eine gehörige Portion Gottvertrauen und Risikobereitschaft, sich auf Fremde einzulassen und die Gemeinschaft mit und unter Fremden zu suchen. Das scheint mir die wesentliche Herausforderung in den

nächsten Jahren zu sein: Wie schaffen es die Religionsgemeinschaften, offen und zugewandt, aber auch selbstbewusst und ohne falsche Scham eine „company of strangers“ zu formen?

In den letzten Jahren habe ich immer wieder versucht, meine Studierenden darauf vorzubereiten, dass der demographische Wandel auch die Volkskirchen dazu zwingen wird, das Prinzip einer flächendeckenden Versorgung aufzugeben und stattdessen auf angebotsorientierte Gemeindekonzepte zu setzen. Zugleich fragte ich mich aber, ob es wirklich eine gute Idee ist, dass sich nun auch noch die Kirchen aus ländlichen Regionen zurückziehen. Ein Gespräch mit dem anglikanischen Bischof von Bradford, Nick Baines, hat mir die Chancen, die im scheinbar überholten Parochial- und Territorialprinzip liegen, deutlich vor Augen geführt. Baines steht der Diözese Bradford vor. Der Anteil der muslimischen Bevölkerung ist sehr hoch. Die Stadt kämpft mit vielen sozialen und ökonomischen Problemen. Als ich ihn auf die höchst privilegierte Lage der anglikanischen Kirche ansprach, verblüffte er mich mit der Antwort: „We are not privileged, we have an obligation!“ Gerade weil die anglikanische Kirche noch über ein stabiles organisatorisches Netz verfüge, habe sie vor Ort eine ganz besondere Verantwortung – für alle! Nicht der Rückzug, nicht der bequeme Verzicht auf vermeintliche Privilegien sei der richtige Weg, sondern ein neues Verständnis von Ortskirche. Er schärfte als Bischof seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer wieder ein, dass sie vor Ort nicht nur für die schrumpfende Zahl der Mitglieder der anglikanischen Kirche verantwortlich seien, sondern für den gesamten Sozialraum, in dem sie angesiedelt seien. Die Zusammenarbeit mit anderen Religionsgemeinschaften und mit lokalen Behörden, das Engagement an den sozialen Brennpunkten sei nicht *opus alienum*, sondern sei die zentrale Aufgabe der Kirche vor Ort.

Dann wären sinkende Gemeindemitgliederzahlen nicht notwendigerweise ein Grund für Kirchenleitungen, Pfarrstellen aufzugeben. Wenn die Umstände vor Ort es erforderlich machten, dann käme es darauf an, nicht nur als „Kirche für andere“ – das klingt heute zu paternalistisch –, sondern als „Kirche mit anderen“ das Leben in einer Region oder auch in einem Stadtviertel mitzugestalten. Die Kirchenleitungen würden dann also die Landkarte nicht mehr daraufhin studieren, wie viel Gemeindemitglieder in dieser Region „zu versorgen“ sind, sondern welche Bedeutung eine Region – und deren Probleme – für Kirche und Gesellschaft haben kann. Die alte Parochial- und Territorialstruktur würde so in eine zivilgesellschaftlich verantwortliche, ökumenisch und interreligiös offene Struktur transformiert. Das Gesetz des Handelns bestimmen dann nicht mehr Kirchenmitgliedsstatistiken, sondern die Herausforderungen vor Ort.

Damit böten sich auch der Zusammenarbeit von Freikirchen und Landeskirchen ganz neue Möglichkeiten der Kooperation. Die Landeskirchen könnten die Stärken des Territorialprinzips nutzen und beispielsweise organisatorische Zentren von gemeinsamen Initiativen werden. Und die Freikirchen könnten durch ihr öffentliches Engagement neue Aufmerksamkeit auf sich ziehen. In einigen

Kiezen Berlins wird mit solchen Konzepten schon experimentiert – im Wedding unter aktiver und sehr erfolgreicher Mitarbeit der baptistischen Gemeinde.

Gerne lassen sich Christen in Deutschland von der Nachricht erschrecken, dass die Konfessionslosen mit einem Bevölkerungsanteil von 33 % mittlerweile die größte Bevölkerungsgruppe darstellten. Hier liegt aber ein Kategorienfehler vor. Es ist zwar richtig, dass der katholische Kirche und den evangelischen Landeskirchen nur noch jeweils knapp 30 % der Bevölkerung angehören, aber die Konfessionslosen selbst sind ja gar keine Organisation. Sie müssen als potentielle Kirchenmitglieder gelten oder als jener Bevölkerungsanteil, der es vorzieht, erst einmal nicht zu wählen. Selbst mit ihren knapp 20 % Bevölkerungsanteil stellen die Christen in den östlichen Bundesländern immer noch die größte organisierte zivilgesellschaftliche Gruppierung dar. Verglichen mit den Parteimitgliedern in Deutschland müssen sich die Kirchen nicht verstecken: Nicht einmal 2 % der Deutschen gehören einer Partei an.

Oft läuft ein Nachdenken über das Verhältnis von Staat und Kirchen in einer multireligiösen Gesellschaft auf einen Appell an die Kirchen hinaus, sich doch mit einer bescheideneren Rolle in der Gesellschaft zu begnügen und den Verlust eines Religionsmonopols und die Pluralisierung des religiös-weltanschaulichen Feldes tapfer zu ertragen. Auf diesen Ton konnte und wollte ich meinen Festvortrag nicht stimmen. Denn die Kirchen – seien sie freikirchlich organisiert oder landeskirchlich – haben sowohl je eigene als auch gemeinsam zu verwirklichende Potentiale unter gegenwärtig ausgesprochen günstigen religionspolitischen Bedingungen. Kleinmut ist mithin deplatziert.

Bei einer Tagung von Städteplanern im letzten Jahr kam mir das zu Bewusstsein. Da gab mir ein junger Architekt seine Visitenkarte. Und darauf war zu lesen: „Raumtaktik – Office from a better future“. Also nicht „office for a better future“, sondern „office from a better future“. Ich fragte mich, weshalb die Werbestrategen der Kirchen nicht schon längst auf diese Idee gekommen sind, die Kirche als „office from a better future“ ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Ich war beeindruckt davon, wie bewusst und selbstbewusst die Teilnehmer/innen ihre Arbeit präsentierten. Obwohl man die Zukunft nicht kenne, sei man als Architekt gezwungen, sie zu gestalten. Die heute zu errichtenden Bauten würden das Raumgefühl für die nächsten Jahrzehnte bestimmen.

Gänzlich beeindruckt war ich schließlich, als ich den Vortragstitel las: „Die Doxa der Stadt“. Denn für einen Theologen ist Doxa eine der wesentlichen Eigenschaften Gottes. Ins Deutsche übersetzen wir den Begriff mit „Herrlichkeit“. Der ursprünglichen Bedeutung näher kommt die englische Übersetzung „glory“. Denn die Doxa hat immer etwas mit einer Ausstrahlung zu tun. Was soll man sich aber unter der „Doxa einer Stadt“ vorstellen? Es gibt – so lernte ich – auch eine außerbiblische Verwendung des Begriffs, die so viel wie Ansicht, Pracht, Ruhm, Wucht bedeutet. In der biblischen Tradition hingegen wird damit der Glanz, die Klarheit, die Fülle, das Angesicht, die Präsenz Gottes beschrieben. Diese Präsenz Gottes ist im Alten Testament so gewaltig, dass der Mensch

sich ihr gar nicht unmittelbar auszusetzen vermag. Allerdings besteht die Pointe bereits des aaronitischen Segens, in dem es heißt, dass Gott sein Antlitz über uns leuchten lassen möge, darin, dass wir als die von Gott Angesehenen nicht vernichtet werden, sondern dass Gott selbst uns Ansehen verleiht.

Im 2. Korintherbrief im 3. Kapitel weist uns Paulus auf eine ganz ähnliche Wirkung der Doxa Gottes hin. Denn in Jesus Christus wird die Ausstrahlung Gottes so anschaulich, dass sie nicht vernichtet, sondern uns selbst in ein neues Licht rückt. Und so heißt es in 2. Korinther 3, 18: „Wir alle schauen mit aufgedecktem Antlitz die Doxa des Herrn wie in einem Spiegel und werden so verwandelt in die Gestalt, die er schon hat – von Doxa zu Doxa – wie der Herr des Geistes es wirkt.“ Mit anderen Worten: Wir selbst werden durch den Heiligen Geist zu Trägern der Ausstrahlung Gottes. Oder noch einmal anders formuliert: Auch wir bringen die Doxa Gottes zum strahlen. Man kann vor dieser Aufgabe erschrecken – man kann sie aber auch als ein Geschenk dankbar annehmen und sich frage: Was strahlen wir eigentlich aus? Wie wirken wir? Ist da etwas vom Glanz Gottes spürbar, von seiner Strahlkraft? Und müssten wir nicht alle Energie auf die Klärung der Frage verwenden: Was wollen wir ausstrahlen? Was strahlen wir aus? Und wie kommen wir vom Ist-Zustand zum gewünschten?

Gern neigen wir in den Kirchen dazu, einen Vortragstitel wie „Die Neugestaltung der Beziehung von Staat und Kirche in einer multireligiösen Gesellschaft“ passivisch aufzufassen – ja geradezu aus der Perspektive der Opfer darüber nachzudenken. Nur selten verstehen wir uns als Akteure der Gestaltung. Aber gerade darauf wollte ich aufmerksam machen: Die Bedingungen zur Neugestaltung sind so gut wie nie zuvor! Die Formel: „Als Kirche mit anderen die Doxa Gottes zur Geltung bringen!“ könnte eine Richtungsanzeige sein.

### *Abstract*

In this paper on new composition of church – state relations in Germany, the author draws on the American experiences of the separation of church and state, originally called for by baptist clergy. He states that although there is no longer a state church in Germany, there is much interwovenness between the two and the church enjoys many advantages: freedom from state interference, use of the infrastructure of the inland revenue, close cooperation in education. On the other hand, the participation in church life is much looser than in the U.S.A.

In recent times there has arisen a growth in independent churches as well as an outright rejection of religion among the population. This has led to new challenges for the official churches. The author sees new possibilities for these to use their traditional infrastructure with ecumenical cooperation with the free churches to find new ways of magnifying the glory of God as churches with others together.

*Prof. Dr. Rolf Schieder*, Humboldt Universität zu Berlin, Theologische Fakultät, Unter den Linden 6, 10099 Berlin; E-Mail: [rolf.schieder@rz.hu-berlin.de](mailto:rolf.schieder@rz.hu-berlin.de)